

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 19.08.2025

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	19:33 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Möller
Schriftführerin:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 20.05.2025	1669/25

- | | | |
|------|---|---------|
| 5. | Behandlung von Anfragen | |
| 5.1. | Unterbringung von Geflüchteten: In welchem Zustand sind Gemeinschaftsunterkünfte in Erfurt? Teil 1
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Robeck
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend | 0467/25 |
| 5.2. | Unterbringung von Geflüchteten: In welchem Zustand sind Gemeinschaftsunterkünfte in Erfurt? Teil 2
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Robeck
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend | 0468/25 |
| 5.3. | Unterbringung von Geflüchteten: In welchem Zustand sind Gemeinschaftsunterkünfte in Erfurt? Teil 3
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Robeck
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend | 0469/25 |
| 5.4. | Unterbringung von Geflüchteten: In welchem Zustand sind Gemeinschaftsunterkünfte in Erfurt? Teil 4
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Robeck
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend | 0470/25 |
| 5.5. | Zum Erwachsenen-Streetwork der Stadt Erfurt
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt, Frau Röttsch
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend | 1081/25 |
| 5.6. | Fortschreibung des Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
Fragesteller: Fraktion SPD & PIRATEN, Herr Möller
hinzugezogen: Leiterin des Bereichs Oberbürgermeister | 1746/25 |
| 6. | Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates | |
| 6.1. | Weiterführung Sozialticket ab 1. September 2025
BE: Vertreter der Fraktion Die Linke
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend | 1250/25 |

6.1.1.	Antrag der Fraktion Die Linke zur Drucksache 1250/25 - Weiterführung Sozialticket ab 1. September 2025 BE: Vertreter der Fraktion Die Linke hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend	1945/25
6.2.	Mehr Gesundheitsversorgung dort, wo sie gebraucht wird – für ein Modellprojekt Gesundheitskiosk BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit	1273/25
6.3.	Waschbus für Wohnungslose Menschen BE: Vertreter der Fraktion Die Linke hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend	1443/25
6.4.	Neufassung der Satzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen der Landeshauptstadt Erfurt BE: Leiterin des Bereichs Oberbürgermeister	1844/25
6.5.	Erfurter Gemeinschaftsunterkünfte brauchen ein Quali- tätsmanagement BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend	1884/25
7.	Informationen	
7.1.	Aktueller Stand zur Erstellung des Erfurter Maßnahmen- plans zur Umsetzung der UN- Behindertenrechtskonvention BE: Leiterin des Bereichs Oberbürgermeister	1791/25
7.2.	Prüfungsbericht zur überörtlichen Prüfung "Digitalisie- rung der Thüringer Gesundheitsämter" des Thüringer Rechnungshofes BE: Leiterin des Amtes für Gesundheit	1421/25
7.3.	Erfurter Suchthilfestatistik 2024 der Koordinierungsstel- le Psychiatrie und Sucht BE: Leiterin des Amtes für Gesundheit	1806/25

7.4.	Erfurter Mietspiegel 2025 BE: Leiter des Amtes für Soziales	1677/25
7.5.	Information über die Umsetzung des Erfurter Suchtpräventionskonzeptes/Maßnahmenplan BE: Leiterin des Gesundheitsamtes	1873/25
7.6.	Mündliche Informationen	
7.7.	Sonstige Informationen	

I. Öffentlicher Teil

**Drucksachen-
Nummer**

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit begrüßte die Ausschussmitglieder und die Gäste. Sie informierte den Ausschuss darüber, dass Frau Schwarz, sowie ihre Vertretung, Frau Morgenroth nicht an der Sitzung teilnehmen konnten. Sie bat Herrn Möller der Fraktion SPD & PIRATEN die Leitung der Sitzung zu übernehmen. Dagegen erhob sich kein Widerspruch und Herr Möller nahm im Plenum Platz.

Herr Möller eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und stellte die form- und fristgerechte Einladung, sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßte die Gäste.

Zu Beginn der Sitzung waren elf stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Sitzungsleiter, Herr Möller informierte wie folgt:

Die Tagesordnungspunkte 5.1 bis 5.4 wurden auf Wunsch des Einreichers zurückgezogen.

Die Tagesordnungspunkte 6.2 in Drucksache 1273/25 – Mehr Gesundheitsvorsorge dort, wo sie gebraucht wird – für ein Modellprojekt Gesundheitskiosk, sowie 6.5 in Drucksache 1884/25 – Erfurter Gemeinschaftsunterkünfte brauchen ein Qualitätsmanagement wurden auf Wunsch des Einreichers vertagt.

Unter dem TOP 6.1.1 lag ein Änderungsantrag in Drucksache 1945/25; Antrag der Fraktion Die Linke zur Drucksache 1250/25 - Weiterführung Sozialticket ab 1. September 2025 vor. Der Ausschussvorsitzende bat um das Votum zur Aufnahme in die Tagesordnung. Dies wurde mit sieben Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen bestätigt und somit erfolgte die Aufnahme in die Tagesordnung.

Des Weiteren sollten die Tagesordnungspunkte 5.6 in Drucksache 1746/25 und 7.1 in Drucksache 1791/25 auf Grund des thematischen Zusammenhangs gemeinsam beraten werden. Ebenfalls gemeinsam beraten werden sollen die Tagesordnungspunkte 7.3 in Drucksache 1806/25 und 7.5 in Drucksache 1873/25.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung gab es nicht. Die Tagesordnung wurde in der geänderten Form bestätigt.

3. Dringliche Angelegenheiten

Es lagen keine dringlichen Angelegenheiten vor.

4. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 20.05.2025 1669/25

Es wurden weder mündliche noch schriftliche Einwände gegen die Niederschrift erhoben.

genehmigt Ja 5 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0

5. Behandlung von Anfragen

- 5.1. Unterbringung von Geflüchteten: In welchem Zustand sind Gemeinschaftsunterkünfte in Erfurt? Teil 1 0467/25
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Robeck
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

zurückgezogen

- 5.2. Unterbringung von Geflüchteten: In welchem Zustand sind Gemeinschaftsunterkünfte in Erfurt? Teil 2 0468/25
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Robeck
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

zurückgezogen

- 5.3. Unterbringung von Geflüchteten: In welchem Zustand sind Gemeinschaftsunterkünfte in Erfurt? Teil 3 0469/25
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Robeck
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

zurückgezogen

- 5.4. Unterbringung von Geflüchteten: In welchem Zustand sind Gemeinschaftsunterkünfte in Erfurt? Teil 4 0470/25
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Robeck
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

zurückgezogen

5.5. Zum Erwachsenen-Streetwork der Stadt Erfurt
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt, Frau Röttsch
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

1081/25

Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt hatte Nachfragen zur Antwort drei der Stellungnahme. Gibt es neue Erkenntnisse zur Umstrukturierung der konzeptionellen Ausrichtung des Sachgebietes Wohnen/ Wohnungsnotfallhilfe des Amtes für Soziales? Ist der Bereich von den Kürzungen im Haushalt betroffen? Hierauf konnte Herr Schellenberg, Leiter des Amtes für Soziales wie folgt antworten: es laufen aktuell zwei Stellenbesetzungsverfahren und stehen kurz vor dem Abschluss. Da diese Stellen nicht befristet sind, sind hier keine Kürzungen zu befürchten.

zur Kenntnis genommen

5.6. Fortschreibung des Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
Fragesteller: Fraktion SPD & PIRATEN, Herr Möller
hinzugezogen: Leiterin des Bereichs Oberbürgermeister

1746/25

Einleitend erläuterte Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN die von ihm eingereichte Anfrage. Da der seit 2014 bestehende Aktionsplan nun auf Grund neuer Gesetze aktualisiert werden soll, bat Herr Möller die anwesende Sachbearbeiterin um Mitteilung des Sachstandes. Vorab bat der Sitzungsleiter um Abstimmung über das Rederecht der anwesenden Gäste.

Bestätigt Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

Als Sozialarbeiterin für Inklusionsmanagements sei sie bereits bei der Entstehung des ursprünglichen Aktionsplanes beteiligt gewesen und spräche sich gegen eine Evaluation eben dieses Planes aus. Man entwickelte das Label „Erfurt inklusiv“ und wünschte sich eine evaluierbare und transparente Durchführung mit einer breiten Beteiligung von Menschen mit Behinderungen.

Die 240 eingesendeten Beiträge wurden auf Zuständigkeit, erkennbarer Bedarf, Abgleich mit bereits vorhandenen Maßnahmen geprüft und abschließend in den Maßnahmenplan übernommen. Hierbei wurde dieser in sechs Themenfelder eingeteilt:

- (vorangestellt) Kommunikation und Bewusstseinsbildung,
- Bildung,
- Arbeit und Beschäftigung,
- Gesundheit,
- Mobilität, Wohnen und soziale Sicherheit und
- Kultur, Freizeit und Sport.

Aktuell befinde sich der Plan in der Ämterbeteiligung, so die Sozialarbeiterin. Man fokussiere eine Beteiligung des Beirates für Menschen mit Behinderungen vor der nächsten Ausschusssitzung im November. Die Vorstellung des Maßnahmenplanes werde für die Ausschusssitzung im November und die finale Entscheidung im Stadtrat im Dezember anvisiert. Abschließend bat Sie den Maßnahmenplan als dynamischen Prozess zu betrachten.

Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN, kritisierte die fehlende Evaluierung des Maßnahmenplanes von 2014 und bat um einen Umsetzungsstand seit 2014 zur nächsten Ausschusssitzung.

Herr Schellenberg, Leiter des Amtes für Soziales informierte den Ausschuss darüber, dass die Landeshauptstadt Erfurt als federführende Kommune in der Eingliederungshilfe mit der höchsten Prozentrate an Menschen mit Behinderungen in Thüringen gelte und dafür erhebliche Haushaltsmittel benötige. Nun die Ressourcen für eine Übersicht zum Umsetzungsstand zu nutzen, sei seiner Meinung nach nicht zielführend.

Frau Pietsch, Fraktion CDU stimmte Herrn Schellenberg zu, den aktuellen Plan weiter zu verfolgen, in die Zukunft zu schauen und keinen Umsetzungsstand zu erarbeiten.

Weitere Nachfragen stellte Frau Stange, Fraktion Die Linke. Sie wollte die Kriterien erfahren, nach welchen die Maßnahmen sortiert wurden und, wonach Ideen in dem „Speicher“ landeten. Des Weiteren bat sie um die Meinung des Vertreters des Beirates für Menschen mit Behinderungen, Herrn Leopold, und vertrat die Meinung, dass dieses Thema auch den anderen Fachausschüssen zur Kenntnis gegeben werden sollte. Dem pflichtete Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt bei.

Herr Leopold, Vorsitzender des Beirates für Menschen mit Behinderungen sehe dieses große Querschnittsthema in vielen Fachausschüssen angesiedelt, zum Beispiel die Punkte Barrierefreiheit oder Kinder- und Jugendhilfe. Er machte darauf aufmerksam, dass die von vornherein begrenzten Ressourcen nicht durch die Erarbeitung einer Übersicht des Umsetzungsstandes verbraucht werden, sondern die Umsetzbarkeit gesichert werden muss. Weiterhin forderte er, dass der Beirat den Maßnahmenplan vorab sichtet.

Der Referent des Dezernat Soziales, Bildung und Jugend wies auf die Geschäftsordnung des Stadtrates hin, wonach eine Drucksache nur in einem Ausschuss behandelt werden dürfe. Dem konnten Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt und Frau Stange, Fraktion Die Linke nicht zustimmen.

Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN kündigte eine Anfrage an den Bereich Oberbürgermeister Thema Evaluation - Umsetzungsstand des Maßnahmenplanes 2014 an.

zur Kenntnis genommen

6. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

6.1. Weiterführung Sozialticket ab 1. September 2025 1250/25 **BE: Vertreter der Fraktion Die Linke** **hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend**

Einleitend erläuterte Frau Stange, Fraktion Die Linke, den eingereichten Änderungsantrag in Drucksache 1945/25. Durch andere Fachausschüsse wurde die Realisierung bis September 2025 als zu knapp eingestuft, auch drohte durch fehlende Haushaltsmittel und – kürzungen das Vorhaben zu scheitern. Aus diesen Gründen entschied sich die Fraktion für den Änderungsantrag.

Bedenken äußerte Frau Herold, Fraktion AfD und erfragte ob vorab die Prüfung die Unterstützungsbedürftigkeit des Adressatenkreises durch den Einreicher geprüft wurde. Dies

wurde von Frau Stange dementiert, die Fraktion habe höchstens Vertrauen in die Verwaltung und deren Arbeit.

Herr Möller, Fraktion SPD& PIRATEN wies darauf hin, dass jeder Bürger das Recht hat, Sozialleistungsbetrug anzuzeigen.

Zustimmung fand der Antrag von Herrn Wanner, sachkundiger Bürger der Fraktion Mehrwertstadt. Das Sozialticket sei für das kulturelle, gesellschaftliche und soziale Leben sehr wertvoll. Des Weiteren bat Herr Wanner um Auskunft, wie viele Anträge im Jahr 2024 und 2025 eingegangen sind?

Herr Schellenberg, Leiter des Sozialamtes teilte mit, dass bis zu 4.000 Anträge eingegangen sind. Die hat auch eine höhere Planung von Finanzmitteln zur Folge.

bestätigt mit Änderungen

- 6.1.1. Antrag der Fraktion Die Linke zur Drucksache 1250/25 - 1945/25**
Weiterführung Sozialticket ab 1. September 2025
BE: Vertreter der Fraktion Die Linke
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und
Jugend

Die Beratung wurde unter TOP 6.1 durchgeführt.

bestätigt Ja 5 Nein 3 Enthaltung 3 Befangen 0

- 6.2. Mehr Gesundheitsversorgung dort, wo sie gebraucht wird 1273/25**
– für ein Modellprojekt Gesundheitskiosk
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Si-
cherheit, Bürgerservice und Gesundheit

vertagt

- 6.3. Waschbus für Wohnungslose Menschen 1443/25**
BE: Vertreter der Fraktion Die Linke
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und
Jugend

Als Einreicher erläuterte Frau Stange die eingereichte Drucksache. Bereits Großstädte wie Hamburg und Berlin haben das Angebot eines mobilen Waschbusses für Wohnungslose eingerichtet. Die Realisierung bis 31.12.2025 sei nicht priorisiert, dennoch werde bis Januar oder Februar 2026 ein Ergebnis gewünscht.

Darauf konnte Herr Schellenberg, Leiter des Amtes für Soziales wie folgt antworten. Aus gegebenen Anlass beschäftigte man sich viel mit diesem Thema in der Vergangenheit, es wurden zahlreiche vielversprechende stationäre Angebote umgesetzt. Um diese Maßnahmen weiter aufrecht zu erhalten, muss eine Finanzierung eingeplant und Mittel genutzt werden. Nun ein neues Angebot in Form eines Waschbusses umzusetzen, dezimiert die Mittel der vorhandenen Hilfsmaßnahmen. Dies sei in Herrn Schellenbergs Ansicht nicht zielführend. Auch wurde in vergangenen Befragungen mit den betroffenen Menschen, im

Rahmen der Entstehung eines Aktionsplanes gegen Wohnungslosigkeit kein Interesse in diese Richtung geäußert.

Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN erfragte den Zeitraum, wann mit einem Entwurf des Aktionsplanes zu rechnen sei. Dies könne Ende 2025 der Fall sein, so der Leiter des Amtes für Soziales.

In Anbetracht der neuen Informationen sei Frau Stange, Fraktion Die Linke gerne bereit die Drucksache nochmal zu vertagen.

Der Referent des Dezernat Soziales, Bildung und Jugend erklärte, dass die Arbeitsgruppe seit eineinhalb Jahren zusammenarbeite. Es bestehe ein sehr gutes Angebot einer Suppenküche in der Regierungsstraße, welche sieben Tage die Woche geöffnet hat. Dort können neben Beratungen auch die Waschräume in Anspruch genommen werden.

vertagt

6.4. Neufassung der Satzung des Beirates für Menschen mit 1844/25
Behinderungen der Landeshauptstadt Erfurt
BE: Leiterin des Bereichs Oberbürgermeister

Frau Rötsch, Fraktion Mehrwertstadt informierte die Ausschussmitglieder vorab darüber, dass die Fraktion vor der nächsten Stadtratssitzung einen Änderungsantrag einreichen werde. Mit diesem soll die Aufnahme des gemeindepsychiatrischen Verbundes als ständiges Mitglied im Beirat erreicht werden. Dies wurde von der Behindertenbeauftragten befürwortet, somit könne man die Beachtung aller Vielfältigkeit der Menschen mit Beeinträchtigungen weiter ausbauen.

bestätigt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

6.5. Erfurter Gemeinschaftsunterkünfte brauchen ein Quali- 1884/25
tätsmanagement
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und
Jugend

vertagt

7. Informationen

- 7.1. Aktueller Stand zur Erstellung des Erfurter Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention** **1791/25**
BE: Leiterin des Bereichs Oberbürgermeister

TOP 7.1 wurde unter dem TOP 5.6 besprochen.

zur Kenntnis genommen

- 7.2. Prüfungsbericht zur überörtlichen Prüfung "Digitalisierung der Thüringer Gesundheitsämter" des Thüringer Rechnungshofes** **1421/25**
BE: Leiterin des Amtes für Gesundheit

Frau Rötsch, Fraktion Mehrwertstadt hatte Nachfragen zur fehlenden Aufgliederung der einzelnen Kommunen und wollte wissen an welcher Stelle Erfurt eingeordnet werde.

Dies konnte Frau Melzer, Leiterin des Gesundheitsamtes wie folgt beantworten: eine Aufgliederung nach einzelnen Kommunen sei im Bericht nicht enthalten Die Stadtverwaltung habe sich im Jahre 2023 gegen den Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst und für die Förderung der Niederlassung von Ärzte und Apotheker im ländlichen Raum Thüringens entschieden. Das Gesundheitsamt war zu diesem Zeitpunkt sehr gut digital aufgestellt und alle aufgeführten Punkte zum Termin der Berichterstattung bereits umgesetzt gewesen.

Herr Büssow, sachkundiger Bürger der Fraktion SPD & PIRATEN bat um die Mitteilung, ob es sich nun um eine Vereinheitlichung der Software oder um die Anschaffung einer zusätzlichen Software handle. Auch hier konnte Frau Melzer den Ausschuss darüber aufklären, dass es als Ziel des E-Gesundheitsamtes gelte, eine Anwendung für Alle zu etablieren. Dennoch ist die Anbindung an bestehende Fachsoftware nur bedingt zugelassen. Es bestehe viel Klärungsbedarf, zum Beispiel bei den Themen Nachnutzung und Finanzierung. Es könne nur verbindlich zur Nutzung deklariert werden, wenn die Finanzierung über das Land sichergestellt sei. Dies sei aktuell ungewiss.

zur Kenntnis genommen

7.3. Erfurter Suchthilfestatistik 2024 der Koordinierungsstelle 1806/25
Psychiatrie und Sucht
BE: Leiterin des Amtes für Gesundheit

Herr Möller begrüßt die anwesenden Gäste und ließ über das Rederecht abstimmen.
Beschlossen Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0

Frau Melzer benannte einleitend zum Thema die Gründe der Suchthilfestatistik, zum Beispiel transparente Leistungsübersicht, Beratungsschwerpunkte und die aktuelle Bedarfslage. Dazu erläuterte die Sozialarbeiterin des Sozialpsychiatrischen Dienst dem Ausschuss die Suchthilfestatistik 2024. Diese Statistik fasse alle Angebote und Leistungen der Suchthilfeberatung in Erfurt zusammen. Man habe zwei langjährige Leistungsanbieter mit je zwei Hauptstandorten und Online-Beratungsangeboten. Weiter führte sie aus, dass im Jahr 2024 1.831 Personen inklusive Angehörige in den Suchtberatungsstellen betreut wurden und eine steigende Kontaktaufnahme zu verzeichnen wäre.

Frau Herold, Fraktion AfD bat um die Information, welche Suchtmittelabhängigkeiten dokumentiert wären, insbesondere, ob Crack oder Fentanyl in Erfurt konsumiert werde. Die Mitarbeiterin des Suchthilfezentrums antwortete, dass eine Gruppe Suchtmittel in Form von Crack und Fentanyl konsumiert, aber hierbei von keiner direkten Welle ausgegangen werden kann.

Eine weitere Nachfrage kam von Herrn Kemnitz, sachkundiger Bürger der Fraktion Mehrwertstadt wie stark das Online-Beratungsangebot angenommen werde und ob die mehrsprachigen Informationsbroschüren schon umgesetzt wurden. Thüringenweit wurden 40 Anfragen über die Portale Caritas und Diakonie Deutschland gestellt, erklärte ein Mitarbeiter des Suchthilfezentrums.

Die Koordinatorin Psychiatrie und Sucht teilte mit, dass die Informationsbroschüren in Arbeit seien.

Die Koordinatorin für Suchtprävention und seelische Gesundheit erläuterte die Übersicht zum Umsetzungsstand des Suchtpräventionskonzeptes, dies wurde in die Teilziele eins bis fünf untergliedert, die Zielgruppe benannt, das Projekt kurz erläutert und mit Zeitrahmen und Prozessstand in Form einer Ampel dargestellt. Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN bat um eine Erklärung der Ampel. Dies konnte Frau Melzer, Leiterin des Amtes für Gesundheit beantworten; grün bedeutet nicht, dass die Maßnahme abgeschlossen sei, sondern umgesetzt werde. Rot bedeute, dass die Maßnahme noch nicht gestartet wurde. Die Priorisierung sei im Arbeitskreis Suchtprävention durchgeführt worden.

Herr Möller hatte Nachfragen zur Bedarfslage und Angeboten für Kinder und Jugendliche aus betroffenen Elternhäusern im Bereich der Suchtprävention. Laut der Leiterin des Gesundheitsamtes sei hier noch ein großer Bedarf vorhanden, in einem zu erwartenden Gesetz zur Stärkung der Öffentlichen Gesundheit sei die Gesundheitsförderung und –prävention eine Pflichtaufgabe.

Des Weiteren hatte Frau Pietsch, Fraktion CDU, eine Nachfrage zur Erwähnung der Fraktionsvorsitzenden der Fraktion Mehrwertstadt in der Statistik. Dies konnte die Koordinatorin für Suchtprävention und seelische Gesundheit erklären. Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt, fungiert als Projektpatin für das Projekt „Mental Health“ und erhielt zu dieser Konferenz eine Urkunde.

Abschließend bat Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN, um eine Einschätzung der Anbindung an bundesweite Präventionsvorhaben, wie zum Beispiel die Welt der Versuchung. Dazu konnte Frau Melzer wie folgt Stellung nehmen: da sich die Anbindung an solche Projekte in der Vergangenheit als schwierig erwies, bat man die Chefkuratorin der Stiftung Welt der Versuchungen, Frau Dr. Rockweiler, an den Sitzungen des Arbeitskreises Suchtprävention teilzunehmen und steht nun im Austausch.

Zum Schluss bedankte sich Frau Adamczyk für die gute Zusammenarbeit.

zur Kenntnis genommen

**7.4. Erfurter Mietspiegel 2025
BE: Leiter des Amtes für Soziales**

1677/25

Herr Kemnitz, sachkundiger Bürger der Fraktion Mehrwertstadt bat um eine Einschätzung, welche Auswirkungen auf Grund der Kostensteigerung des Mietspiegels zu erwarten sei.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit erklärte, dass diese Frage schwer zu beantworten sei, da eine faktische Aussage über den Mietspiegel nicht möglich wäre. Und gerade die Klärung des Problems der Schaffung von sozialem Wohnungsraum sei ein langfristiges Thema.

Herr Schellenberg, Leiter des Amtes für Soziales teilte mit, dass der Mietspiegel als Vergleichssystem fungiert.

Frau Stange, Fraktion Die Linke brachte ihre Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass die neue Richtlinie zur Angemessenheit der Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU-Richtlinie) nicht mit dem Mietspiegel zum 01.07.2025 wirksam wurde. Herr Schellenberg erläuterte, dass die erforderliche Datenerhebung abgeschlossen wurde und für die Auswertung weitere Rückfragen an die Vermieter notwendig waren. Eine Aufstellung der Daten sei zur Ausschusssitzung im November zu erwarten.

zur Kenntnis genommen

**7.5. Information über die Umsetzung des Erfurter Suchtpräventionskonzeptes/Maßnahmenplan
BE: Leiterin des Gesundheitsamtes**

1873/25

zur Kenntnis genommen

7.6. Mündliche Informationen

Es lagen keine Anträge vor.

7.7. Sonstige Informationen

Es gab keine Wortmeldungen oder Nachfragen.

Der Sitzungsleiter schloss den Tagesordnungspunkt, beendete den öffentlichen Teil der Sitzung. Er verabschiedete die Gäste und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Möller
Sitzungsleiter

gez. 
Schriftführerin